

Ostafrika. In Ländern wie Ruanda, Tansania und Uganda wächst die Wirtschaft seit Jahren kräftig. Dennoch haben es die dortigen Betriebe oft schwer, sich jenseits der lokalen Märkte zu etablieren. Das Projekt „Perspektiven schaffen“ will deshalb Partnerschaften zwischen deutschen und ostafrikanischen Unternehmen fördern. Wie das genau funktioniert, erklärt Axel Klaphake von der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit im Interview.

—> [Seiten 2-5](#)

Befristung

Die von der Bundesregierung geplante Einschränkung der befristeten Beschäftigung würde vor allem jungen Menschen sowie Arbeitslosen schaden.

—> [Seiten 6-7](#)

Binnenwanderung

Seit 2014 ziehen wieder mehr Bundesbürger aus den Großstädten fort als sich dort niederlassen. Davon profitieren aber nur die Speckgürtel, nicht die Provinz.

—> [Seiten 8-9](#)

Eine Region im Aufbruch

Ostafrika. In den vergangenen 20 Jahren hat sich Ostafrika dynamisch entwickelt. Der Zusammenschluss von sechs Ländern zur East African Community mit einem gemeinsamen Markt birgt zusätzliche Wachstumschancen. Dennoch ist vielerorts die Armut längst nicht überwunden. Drei Länder im Kurzporträt.

➔ **Ruanda.** Die mit gut 61 Prozent weltweit höchste Frauenquote im Parlament – das ist nur eine der bemerkenswerten Kennzahlen, mit denen einer der kleinsten Staaten Afrikas aufwarten kann. Das seit Jahren hohe Wirtschaftswachstum gehört ebenfalls dazu. Vor allem aber hat die Regierung unter Präsident Paul Kagame einen unternehmer-

freundlichen Kurs eingeschlagen – so versucht sie, die Gründerkultur und den Telekommunikationsausbau zu fördern. Der Lohn:

Im „Doing Business“-Ranking der Weltbank belegt Ruanda einen sehr guten 29. Platz – und liegt damit nur fünf Plätze hinter Deutschland.

Potenzial sieht das Land unter anderem im Tourismus. Dabei setzt es nicht nur auf Urlauber, die zum Beispiel die Berggorillas in der Region der Virunga-Vulkane bestaunen können. Vielmehr will vor allem die Hauptstadt Kigali zum attraktiven Ziel für internationale Konferenzen und andere Events werden. Ein erster Erfolg auf diesem Weg: Bereits kurz nach seiner Eröffnung im Juni 2016 richtete das Kigali Convention Centre das große Gipfeltreffen der Afrikanischen Union aus.

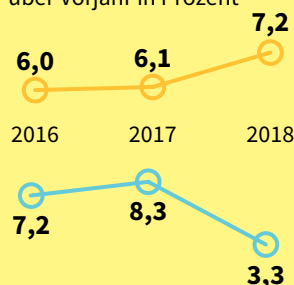
➔ **Tansania.** Seit den 1990er Jahren hat sich die zuvor sozialistisch ausgerichtete Regierung zunehmend der Marktwirtschaft geöffnet und damit die Wirtschaftskraft erheblich gesteigert. Aus der Ära des Sozialismus erhalten blieb die starke Anbindung an China:

Im Jahr 2017 importierte Tansania Waren im Wert von gut 1,5 Milliarden Dollar aus China – das waren 19 Prozent aller Einfuhren. Damit war das Reich der Mitte der wichtigste Güterlieferant.

Eine große Herausforderung für die Zukunft Tansanias ist es, die Landwirtschaft weiterzuentwickeln. Nur gut 15 Prozent der nutzbaren Flächen werden tatsächlich bewirtschaftet – und das oft nur zur Sicherstellung des eigenen Lebensunterhalts. Daher sind zwar etwa 65 Prozent aller Beschäftigten im Agrarsek-

Ruanda in Zahlen

Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP), Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent



Verbraucherpreise, Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent

Bevölkerung 2017 in Millionen

12,2

748

Bruttoinlandsprodukt je Einwohner 2017 in Dollar

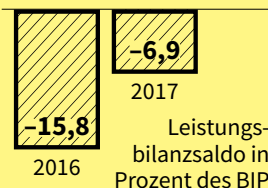
48 Platzierung im Korruptionswahrnehmungsindex unter 180 Ländern im Jahr 2018

← **44,2**

Importe aus Deutschland

18,4 →

Exporte nach Deutschland 2018 in Millionen Euro



Ruanda

2018: Daten zum Teil geschätzt; Leistungsbilanzsaldo: Saldo unter anderem aus dem grenzüberschreitenden Waren- und Dienstleistungshandel sowie den staatlichen und privaten Übertragungen; Korruptionswahrnehmungsindex: Je niedriger die Platzziffer, desto weniger Korruption gibt es im Land

Quellen: Internationaler Währungsfonds, Statistisches Bundesamt, Transparency International, Weltbank

© 2019 IW Medien / iwd

tor tätig – dieser trägt aber nicht einmal 30 Prozent zur Wirtschaftsleistung des Landes bei.

→ **Uganda.** Wie in allen Ländern der Region ist Armut nach wie vor ein großes Problem. Immerhin: Uganda konnte den Anteil der Bevölkerung, der nach nationaler Definition unter

der Armutsgrenze lebt, seit 1990 von 56 auf 21 Prozent verringern.

Nach wie vor haben allerdings 80 Prozent der Bevölkerung keinen Zugang zu Elektrizität.

Angesichts dessen setzt Uganda große Hoffnungen auf die Erschließung von Ölvorkommen im Westen

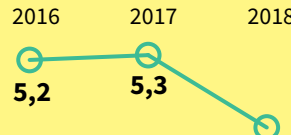
des Landes. Eine eigene Raffinerie soll 2020 fertig sein, eine mehr als 1.400 Kilometer lange Pipeline von Kabaale zum tansanischen Hafen in Tanga ist in Planung. Laut ugandischer Regierung sollen die Öleinnahmen unter anderem in den Bildungssektor und die Infrastruktur fließen.



Tansania

Tansania in Zahlen

Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP), Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent



Verbraucherpreise, Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent

Bevölkerung 2017 in Millionen

57,3

963

Bruttoinlandsprodukt je Einwohner 2017 in Dollar

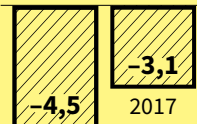
99 Platzierung im Korruptionswahrnehmungsindex unter 180 Ländern im Jahr 2018

← **149,3**

Importe aus Deutschland

69,7 →

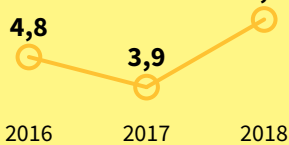
Exporte nach Deutschland 2018 in Millionen Euro



2016 Leistungsbilanzsaldo in Prozent des BIP

Uganda in Zahlen

Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP), Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent



Verbraucherpreise, Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent

Bevölkerung 2017 in Millionen

42,8

607

Bruttoinlandsprodukt je Einwohner 2017 in Dollar

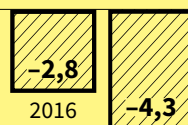
149 Platzierung im Korruptionswahrnehmungsindex unter 180 Ländern im Jahr 2018

← **104,1**

Importe aus Deutschland

99,5 →

Exporte nach Deutschland 2018 in Millionen Euro



2016 Leistungsbilanzsaldo in Prozent des BIP



Uganda

Interview. Seit fast eineinhalb Jahren läuft das Entwicklungsvorhaben „Perspektiven schaffen“ in Ostafrika, das Akteure der Entwicklungszusammenarbeit und Vertreter der deutschen Wirtschaft zusammenspannt. Warum diese Konstellation zu einer Win-win-Situation führt, erläutert **Axel Klaphake**, Abteilungsleiter Wirtschaft, Soziales und Digitalisierung bei der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ).



Foto: Privat

„Ohne die Privatwirtschaft erreichen wir die Entwicklungsziele nicht“

Das Projekt „Perspektiven schaffen: Wirtschaft für Entwicklung – Ostafrika“, für das das Bundesentwicklungsministerium 5 Millionen Euro aufwendet, ist auf etwas mehr als drei Jahre angelegt und läuft Ende 2020 aus. Mit welchem Ergebnis wären Sie zufrieden?

Wenn es optimal läuft, hätten wir dann wirtschaftlich stärkere Unternehmen in den sechs beteiligten ostafrikanischen Ländern sowie neue Geschäftsmöglichkeiten für deutsche Unternehmen in Ostafrika.

Die Leitidee des Projekts ist das Zusammenführen eines afrikanischen und eines passenden deutschen Betriebs, der dann eine Mentorenrolle übernehmen soll. Wie sieht das in der Praxis konkret aus?

Ein Beispiel: In Kenia gibt es ein Fairtrade-Unternehmen, das den Vertrieb für mehr als 3.000 lokale Macadamia-Produzenten managt. Diese Firma hat Schwierigkeiten damit, lückenlos zu überprüfen, ob wirklich alle Nüsse fair produziert werden. Deshalb haben wir sie mit einem deutschen Unternehmen zusammengebracht, das Digitalisierungslösungen für landwirtschaftliche und nahrungsmittelverarbeitende Wertschöpfungsketten entwickelt, also beispielsweise ein nachvollziehbares System des Trackings.

Sie haben 74 ostafrikanische Firmen für dieses Projekt ausgewählt – nach welchen Kriterien?

Rein formal müssen die Betriebe mindestens zehn Mitarbeiter haben, drei Jahre am Markt und in einer Branche mit hohem Wachstums-

potenzial tätig sein, zum Beispiel in der Agrar- und Nahrungsmittelwirtschaft, der Elektroindustrie oder dem Energiesektor. Und natürlich müssen die afrikanischen Unternehmer ein Interesse daran zeigen, von einem deutschen Unternehmen unterstützt zu werden.

Und welche deutschen Unternehmen konnten Sie gewinnen?

Unser Ziel sind nicht Großkonzerne, sondern kleine und mittelständische Unternehmen, die nicht die Ressourcen und vielleicht auch eine gewisse Scheu haben, sich selbst in Ostafrika umzusehen. In der deutschen Wirtschaft gibt es ja nach wie vor große Bedenken, in Afrika aktiv zu werden. Unsere Aufgabe ist es, diesen Firmen den dortigen Markt zu erklären und für einen Markteinstieg in Burundi, Kenia, Ruanda,

Südsudan, Tansania oder Uganda zu werben.

Wie viele Kooperationen zwischen afrikanischen und deutschen Betrieben streben Sie an?

Wir wollen robuste Partnerschaften hinbekommen, von denen beide Seiten profitieren. Wir peilen mindestens 20 solcher Paarungen innerhalb dieses Projekts an, aktuell haben wir drei.

Das klingt bescheiden.

Ganz und gar nicht. Geschäftsbahnungen brauchen Zeit und vor

allem Vertrauen. Mit diesem Projekt investieren wir in den Aufbau vertrauensvoller Partnerschaften in herausfordernden Märkten. Insofern stellt dieses Vorhaben, das gemeinsam vom Bundesverband der Deutschen Industrie und der GIZ gemeistert wird, ein interessantes Experiment dar und ist ein ganz tolles Vorhaben, das es so noch nicht gegeben hat. Denn ohne die Einbindung der Privatwirtschaft werden wir unsere Entwicklungsziele nicht erreichen. Zu einer nachhaltigen

Entwicklungspolitik gehört es einfach dazu, verstärkt und konkret mit Unternehmern zusammenzuarbeiten.

Wir arrangieren aber nicht nur Unternehmenspartnerschaften, sondern bieten auch Trainingsmaßnahmen an und unterstützen Unternehmensverbände bei ihren Dienstleistungen für kleine und mittelständische Unternehmen vor Ort. Sieben der 74 afrikanischen Unternehmer bringen wir außerdem im April zur Hannover Messe.

Das Projekt „Perspektiven schaffen“ im Überblick

Ostafrika ist ein attraktiver, aufstrebender Markt. Die wachsenden Volkswirtschaften eröffnen den lokalen Unternehmen auch neue Möglichkeiten, mit Firmen aus dem Ausland zu kooperieren. Die deutsche Wirtschaft ist in der Region allerdings bislang unterrepräsentiert.

Das will das Projekt **„Perspektiven schaffen: Wirtschaft für Entwicklung – Ostafrika“** ändern. Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) und das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) fördern im Rahmen dieser Initiative gemeinsam mit der Ostafrikanischen Gemeinschaft (EAC) und dem Ostafrikanischen Wirtschaftsdachverband (EABC) Wirtschaftspartnerschaften zwischen deutschen und ostafrikanischen Unternehmen. Durchgeführt wird das Projekt von der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ).

Die Palette der ostafrikanischen Unternehmen, die an dem Projekt teilnehmen, reicht von Betrieben mit nur wenigen Mitarbeitern bis hin zu mittelständischen Unternehmen wie Chillington Rwanda Ltd., das unter anderem Schubkarren und Kleinmaschinen für die Landwirtschaft herstellt.

Die meisten Teilnehmer kommen aus der Lebensmittel- und aus der Textilbranche. Die Sosoma Ltd. aus Ruanda zum Beispiel produziert einen reichhaltigen, gesunden Frühstücksbrei; die New Kigali Designers fertigen Textilien wie Hochzeitskleider, Arbeits- und Sportbekleidung oder Schuluniformen.

Die Firmen unterscheiden sich nicht nur in ihrer Größe und Branchenzugehörigkeit, sondern auch erheblich in ihrem Entwicklungsstand. Während etwa PLASCO Ltd., ein Hersteller von Kunststoff-Pipelines, international tätig und mit modern-

ter finnischer Maschinenteknik ausgestattet ist, müssen andere Betriebe mit mehr als 70 Jahre alten, störanfälligen Maschinen auskommen und entsprechende Produktionsausfälle durch Handarbeit kompensieren.

Um die ostafrikanischen Unternehmen auf die Partnerschaften mit deutschen Firmen vorzubereiten, finden in den teilnehmenden Ländern Managementtrainings statt. Einige davon werden von Trainern der IW Akademie durchgeführt. Sie konzentrieren sich darauf, die ostafrikanischen Manager für wesentliche Aspekte des internationalen Handels zu sensibilisieren und ihnen nötiges Know-how zu vermitteln.

Dabei geht es unter anderem darum herauszufinden, welche Kunden das Unternehmen im Ausland ansprechen will, ob Zertifizierungen für ausländische Märkte benötigt würden oder welche Zollvorschriften zu beachten wären. Auch das Thema digitales Marketing spielt eine große Rolle – wobei viele Firmen aus den ostafrikanischen Ländern keine eigene Homepage haben und existierende Websites oft wenig modern und kaum suchmaschinenoptimiert sind.

All diese Themen kommen nicht nur in den größeren Seminaren zur Sprache, die Experten aus Deutschland besuchen die Manager auch vor Ort in ihren Betrieben, um im Rahmen von Coachings auf konkrete Fragen und individuelle Bedürfnisse noch besser eingehen zu können.

Den Auftakt zur Kooperation mit der IW Akademie bildete im Dezember 2018 ein zweieinhalbtägiger Workshop in Ruanda, an dem 19 Firmen teilnahmen. Im Februar 2019 folgten Trainings in Tansania und Uganda. Als Nächstes sind noch gezieltere Trainings vorgesehen, in denen die Teilnehmer zum Beispiel im Umgang mit Maschinen geschult werden. Zudem gibt es erste Mentoring-Partnerschaften mit deutschen Unternehmen, die feste Ansprechpartner für einzelne ostafrikanische Betriebe sind und sie individuell unterstützen.

Sprung in den Arbeitsmarkt

Befristung. Die Koalitionsparteien haben vereinbart, die befristete Beschäftigung gesetzlich einzuschränken. Was als vermeintlicher Zugewinn an Sicherheit für die Arbeitnehmer daherkommt, entpuppt sich faktisch als Bremsklotz für den Arbeitsmarkt. Verlierer wären vor allem junge Menschen und Arbeitslose.

Die Regierungsparteien wollen die sachgrundlose Befristung – also die Befristung ohne genau definierten Grund – in Unternehmen mit mehr als 75 Mitarbeitern auf 2,5 Prozent der Belegschaft begrenzen und die maximale Dauer von heute 24 auf 18 Monate verkürzen. Generell sollen alle Befristungen, also auch die sachlich begründeten, nur noch möglich sein, wenn der Arbeitnehmer vorher höchstens fünf Jahre befristet oder unbefristet im Unternehmen beschäftigt war. All das soll den „Missbrauch“ bei Befristungen und Kettenbefristungen verhindern.

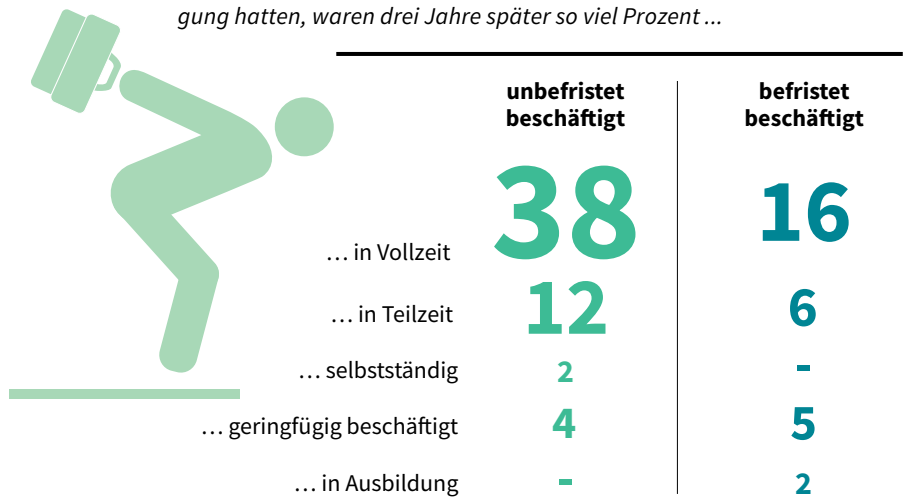
Für die Betroffenen – die Unternehmen und die Arbeitnehmer – sind die Pläne keine gute Nachricht. Aus unternehmerischer Sicht ist die flexible Beschäftigung vor allem deshalb nötig und wichtig, weil die unbefristete Beschäftigung im Fall der Fälle – also bei Entlassungen – aufgrund des strengen Kündigungsschutzes hohe Kosten verursacht. Außerdem nutzen die Betriebe die Befristung, um künftige Mitarbeiter besser kennenzulernen und einschätzen zu können.

Um zu verstehen, warum die Koalitionspläne auch für die Arbeit-



Befristete Beschäftigung: Ein Sprungbrett

Von den Menschen, die in den Jahren 2012 bis 2016 eine befristete Beschäftigung hatten, waren drei Jahre später so viel Prozent ...



Rest zu 100 Prozent: Schüler, Studenten, Rentner, nicht erwerbstätig oder arbeitslos

Quellen: Sozio-oekonomisches Panel, Institut der deutschen Wirtschaft © 2019 IW Medien / iwd

iwd



nehmer kein Grund zur Freude sind, muss man sich ansehen, wer von einer Befristung betroffen ist – also wie hoch die Wahrscheinlichkeit einer Befristung in Abhängigkeit von Erwerbsstatus, Alter und Qualifikation ist. Das Ergebnis:

Die mit Abstand höchste Wahrscheinlichkeit, eine befristete Stelle zu bekommen, haben mit 22 Prozent junge Arbeitnehmer bis zu 30 Jahren.

Auf Platz zwei stehen mit knapp 15 Prozent geringfügig Beschäftigte und auf Platz drei mit fast 13 Prozent jene ohne abgeschlossene Berufsausbildung.

Auch der Umkehrschluss gilt: Vollzeitbeschäftigte, ältere Arbeitnehmer und solche mit abgeschlossener

Berufsausbildung sind eher selten in einer befristeten Beschäftigung.

Neben Erwerbsstatus, Alter und Qualifikation beeinflussen auch andere Kriterien die Wahrscheinlichkeit einer Befristung. Relativ hoch ist sie zum Beispiel bei Menschen mit direktem Migrationshintergrund (gut 12 Prozent), Beschäftigten in Unternehmen mit 200 bis 2.000 Mitarbeitern (fast 14 Prozent) sowie Arbeitnehmern im Bereich Erziehung und Unterricht (rund 18 Prozent).

Diese eher theoretischen Zusammenhänge bestätigen sich auch in der Praxis. Schaut man sich nämlich an, welche Merkmale Arbeitnehmer, die eine Beschäftigung aufgenommen haben, im Jahr davor aufwiesen, dann zeigen sich dieselben

eindeutigen Zusammenhänge: Arbeitnehmer, die einen befristeten Job antreten, waren zuvor deutlich häufiger in schulischer, universitärer oder beruflicher Ausbildung – und waren somit meist noch jung – als solche, die eine unbefristete Stelle aufgenommen haben.

Auch bei den zuvor Arbeitslosen ist das Muster eindeutig (Grafik):

17 Prozent der Arbeitnehmer, die in den Jahren 2012 bis 2016 eine befristete Beschäftigung aufgenommen haben, waren zuvor arbeitslos – bei den Neueinsteigern in einen unbefristeten Job betrug der Anteil nur 11 Prozent.

Diese Ergebnisse bestätigen die These, dass ein befristetes Arbeitsverhältnis vor allem für Einsteiger und Wiedereinsteiger eine gute Möglichkeit ist, auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen.

Nun ist der Einstieg oder Wiedereinstieg ins Berufsleben über eine Befristung das eine – etwas anderes ist die Frage, ob sich diese Beschäftigten dauerhaft auf dem Arbeitsmarkt behaupten können.

Offenbar gelingt dies vielen sehr gut. Denn schaut man sich an, was aus jenen Arbeitnehmern geworden

ist, die 2012 bis 2016 eine befristete Beschäftigung aufgenommen haben, dann zeigt sich: Befristete Jobs lassen die Menschen nicht jahrelang in einer unsicheren Lage verharren, sondern erfüllen sehr wohl ihre Funktion als Sprungbrett in den Arbeitsmarkt (Grafik Seite 6):

Von denen, die 2012 bis 2016 eine befristete Stelle angenommen haben, waren nach einem Jahr 38 Prozent, nach zwei Jahren 50 Prozent und nach drei Jahren bereits 56 Prozent in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis übernommen worden oder selbstständig.

Die IW-Studie ist auch der Frage nachgegangen, ob es für den Einzelnen finanziell besser ist, eine befristete Beschäftigung aufzunehmen oder lieber auf eine passende unbefristete Stelle zu warten. Dazu wurden jene Menschen betrachtet, die entweder nicht erwerbstätig oder arbeitslos waren und im Folgejahr einer befristeten Beschäftigung nachgingen – ausgenommen Auszubildende und Teilnehmer an 1-Euro-Jobs. Das Ergebnis:

Wer ein befristetes Arbeitsverhältnis angenommen hat, hatte schon nach drei Jahren ein um

32.000 Euro höheres Einkommen als jemand, der auf eine unbefristete Stelle wartete.

Das widerlegt die These, befristete Jobs würden nur aus der Not heraus aufgenommen und verhindert, nach längerer Suche einen unbefristeten Arbeitsvertrag mit besseren Konditionen zu ergattern.

Mit einer restriktiveren Regulierung von befristeten Arbeitsverträgen lassen sich also die Unsicherheiten der Arbeitnehmer nicht verringern – vielmehr ist sogar das Gegenteil zu befürchten. Denn die von den Regierungsparteien geplanten Verschärfungen könnten dazu führen, dass die Unternehmen verstärkt auf andere Beschäftigungsformen wie Zeitarbeit sowie Werk- und Dienstverträge ausweichen oder sich gar mit Einstellungen zurückhalten. Den Arbeitssuchenden stünden dann weniger Jobangebote zur Verfügung.

Aus IW-Trends 1/2019

Holger Schäfer: Befristete Beschäftigung: Sprungbrett oder Sackgasse?
iwkoeln.de/befristung

Beschäftigung: Befristung vor allem für Junge

So viel Prozent der Menschen, die in den Jahren 2012 bis 2016 eine neue Beschäftigung aufgenommen haben, waren/hatten im Vorjahr...

- Befristete neue Beschäftigung
- Unbefristete neue Beschäftigung

	Befristete neue Beschäftigung	Unbefristete neue Beschäftigung
... vollzeitbeschäftigt	25	31
... teilzeitbeschäftigt	10	12
... selbstständig	4	5
... geringfügig beschäftigt	10	10
... in beruflicher Ausbildung	12	7
... Schüler oder Student	13	5
... Rentner	2	3
... nicht erwerbstätig	8	15
... arbeitslos	17	11

... keine abgeschlossene Berufsausbildung



... eine abgeschlossene Berufsausbildung

57

59

... einen Hochschulabschluss

21

23

... über 15 bis 30 Jahre



... über 30 bis 50 Jahre

38

44

... über 50 bis unter 65 Jahre

13

19

Die Renaissance der Speckgürtel

Binnenwanderung. Die Städte sind zu voll und zu teuer, die neue Devise heißt „Zurück aufs Land“ – so ist es immer öfter zu hören und zu lesen. Tatsächlich verändern sich die Wohnvorlieben der Bundesbürger zwar, wie eine Analyse des Instituts der deutschen Wirtschaft zeigt. Die Provinz hat aber kaum etwas davon.

Neulich schrieb der „Tagesspiegel“, das Hipsterdorf Gerswalde in der Uckermark habe regen Zulauf von Berliner Künstlern. Auch Städte wie Brandenburg an der Havel und Neuruppin erfreuten sich eines höheren Zuzugs aus Berlin, als es Einwohnerverluste zu beklagen gebe. Von München und Stuttgart ist ohnehin schon länger bekannt, dass das Umland den Städten auf der Beliebtheitsskala in nichts nachsteht.

Strebt ganz Deutschland zurück in die Provinz? Wer wissen will, in welche Richtung sich die Wohnvorlieben der Bundesbürger in der jüngeren Vergangenheit entwickelt haben, muss zunächst eines tun: die Zuwanderer aus dem Ausland ausklammern. Denn für die ist ganz Deutschland seit Jahren ein Magnet: Ob Stadt oder Land – Euro-Krisenflüchtlinge aus Spanien, Griechenland und Portugal, arbeitssuchende Osteuropäer sowie Asylbewerber aus Syrien und Afghanistan haben dafür gesorgt, dass die Einwohnerzahlen seit 2011 flächendeckend steigen: Immerhin 302 von insgesamt 401 Kreisen haben bis 2017 unterm Strich neue Bürger gewonnen.

Um herauszufinden, wohin es Menschen zieht, die schon lange in Deutschland leben, hat sich das Institut der deutschen Wirtschaft die

Binnenwanderung deutscher Staatsangehöriger angeschaut. Die Ergebnisse sind eindeutig (Grafik):

Seit dem Jahr 2014 verlieren alle 71 Großstädte Einwohner mit deutscher Staatsangehörigkeit an die übrigen Kreise – 2016 sind unterm Strich fast 19.000 mehr gegangen als gekommen.

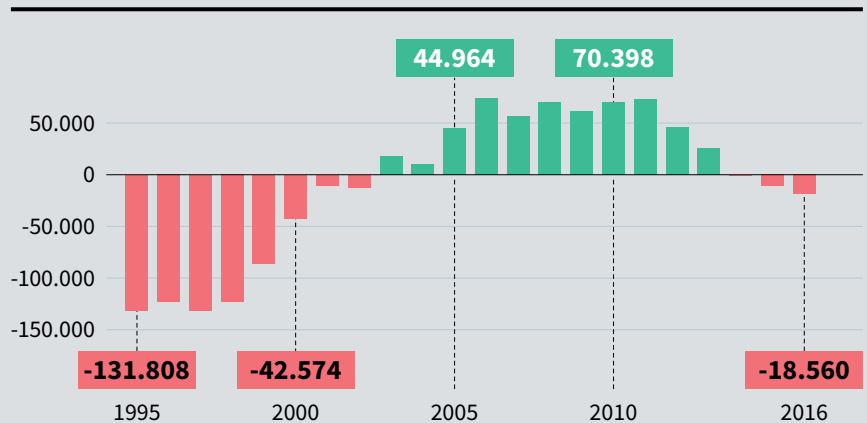
Eine solche Phase gab es in Deutschland schon einmal: Von Mitte der 1990er Jahre bis 2002 zog es per saldo noch weit mehr Bundesbürger aus den Großstädten fort als heute.

Zurückzuführen war das unter anderem auf die damals gewährte Eigenheimzulage, die vor allem für junge Familien in ländlichen Regionen attraktiv war.

In der Folgezeit schlug das Pendel dann um und es entwickelte sich ein regelrechter Run auf die Städte – aus mehreren Gründen: Vor allem in den mittelgroßen Städten waren die Immobilienpreise und Mieten noch vergleichsweise niedrig, die Großstädte lockten mit ihrem kulturellen Angebot und die schicke Altbauwoh-

Trends der Binnenwanderung: Die neue Stadtflucht

Saldo der Binnenwanderung deutscher Staatsbürger in die 71 kreisfreien Großstädte (- = Einwohnerverluste der Großstädte / + = Einwohnerzunahme)



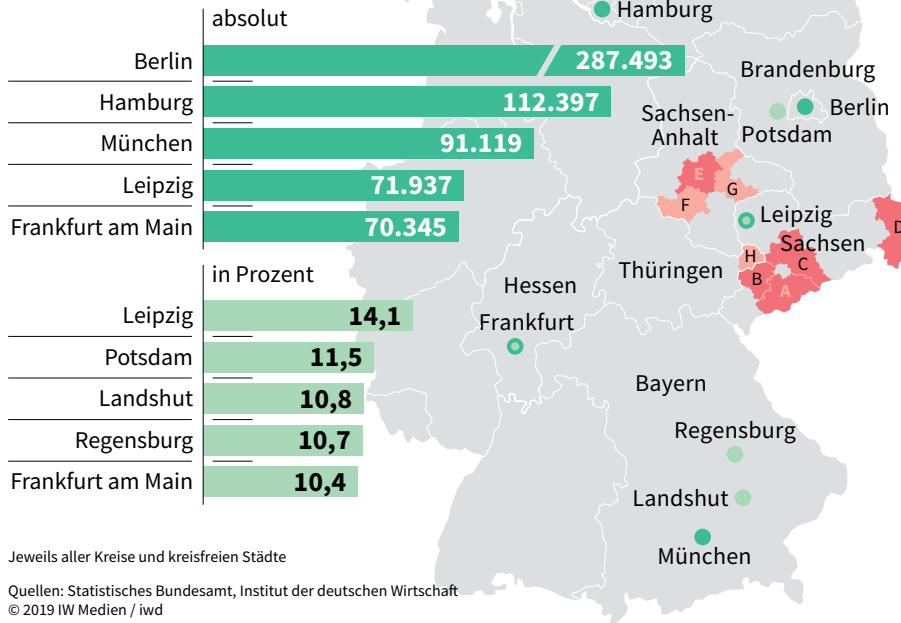
Saldo der Binnenwanderung: Zuzüge deutscher Staatsbürger aus den 330 Kreisen und kleineren kreisfreien Städten in die 71 kreisfreien Großstädte abzüglich Fortzügen

Quellen: Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft © 2019 IW Medien / iwd

Wo Deutschland wächst und schrumpft

Veränderung der Einwohnerzahl in den Kreisen und kreisfreien Städten von 2011 bis 2017

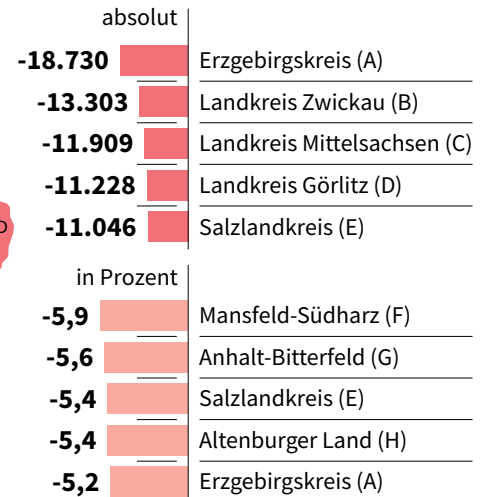
Die fünf am kräftigsten wachsenden Städte



Jeweils aller Kreise und kreisfreien Städte

Quellen: Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2019 IW Medien / iwd

Die fünf am stärksten schrumpfenden Kreise



iwd

nung löste das Eigenheim im Grünen als Statussymbol ab.

Dass sich der Trend heute wieder dreht, ist ähnlich zu erklären – aber mit umgekehrten Vorzeichen:

Sogenannte Push-Faktoren vertreiben die Menschen aus den Städten. Vielerorts ist das Wohnen derart teuer geworden, dass sich gerade Familien den benötigten Wohnraum oft nicht mehr leisten können. Zu den Vorteilen, die ein hoher Verdichtungsgrad mit sich bringt, haben sich durch den Städtehype auch Unannehmlichkeiten gesellt, so etwa ständige Staus, übervolle Nahverkehrsmittel und soziale Brennpunkte. Dies lässt die beschaulicheren Vororte für viele inzwischen wieder lebenswerter erscheinen.

Pull-Faktoren sind Argumente, die für einen Umzug an den Stadtrand, in eine Kleinstadt oder gar aufs Land sprechen. Punkten können ländliche Gegenden vor allem, wenn sie eine gute Verkehrsanbindung, Versorgungszentren und ein gewisses kulturelles Angebot in petto

haben – und sie zudem noch Natur und Ruhe bieten können.

Darüber hinaus spielt dem zentrumsnahen Umland die Digitalisierung in die Karten: Ob Homeoffice, Online-Shopping oder Netflix – digital lassen sich inzwischen viele vermeintliche Nachteile der größeren Entfernung zur Stadt überbrücken.

Bislang hat die abnehmende Beliebtheit der Metropolen aber noch keine neue Landlust ausgelöst, wie die Einwohnerentwicklung im Kreisvergleich zeigt (Grafik):

Spitzenreiter ist das vor allem bei jungen Menschen angesagte Leipzig, dessen Bevölkerung in den Jahren von 2011 bis 2017 um gut 14 Prozent gewachsen ist.

Absolut gesehen haben Berlin, Hamburg und München zwar die meisten Einwohner gewonnen. In Sachen Wachstumstempo werden die Metropolen jedoch von ihren kleineren Nachbarstädten geschlagen. So ist die Einwohnerzahl von Potsdam, Landshut und Offenbach am Main seit 2011 um jeweils mehr als

10 Prozent gestiegen. Ähnlich gut haben sich die Landkreise Ebersberg und Dachau im Münchener Raum gemacht.

Zu den schnell wachsenden Kreisen zählen fast ausschließlich jene, die im Einzugsgebiet boomender Städte wie eben München, Stuttgart, Frankfurt am Main und Freiburg liegen – es gibt also eine Renaissance der Speckgürtel. Die abgelegeneren Regionen, insbesondere in Ostdeutschland, stehen dagegen weiterhin auf der Verliererseite. Und nicht einmal der vermeintliche Hipsterstatus der Uckermark reicht bisher aus, um deren Einwohnerschwund zu stoppen.

Aber auch im Westen haben längst nicht alle Landkreise vom allgemeinen Bevölkerungswachstum profitiert. Ein kräftiges Einwohnerminus verzeichneten unter anderem Cochem-Zell und Südwestpfalz in Rheinland-Pfalz, Höxter und der Märkische Kreis in NRW sowie Holzminden und Northeim in Niedersachsen.

Ohne Basis keine Expertise

Grundbildung. Beschäftigte ohne Berufsabschluss haben oft Schwierigkeiten, sich beruflich weiterzuqualifizieren – vor allem, wenn sie nicht ausreichend lesen, schreiben oder lernen können. Mehr und mehr Unternehmen erkennen diese Schwächen und flankieren ihre fachlichen Schulungen mit arbeitsplatzorientierten Angeboten an Grundbildung.

Wer nicht richtig lesen, schreiben oder rechnen kann, hat es schwer im Job: Beschäftigte in der Lebensmittelproduktion beispielsweise müssen die richtigen Materialien und Zutaten erkennen können, denn Verwechslungen hätten nicht nur geschmacklich gravierende Folgen. Auch Sicherheitsvorschriften müssen von allen Mitarbeitern verstanden werden.

In Deutschland können etwa 7,5 Millionen Erwachsene nicht ausreichend lesen und schreiben – gut vier Millionen davon sind erwerbstätig. Da sich die Arbeitsprozesse durch die fortschreitende Automatisierung und Digitalisierung kontinuierlich wandeln, steigen auch die Anforderungen an An- und Ungelernte. Sie müssen deshalb flexibler, kommunikativer und teamfähiger sein als früher, bestätigen Ergebnisse einer vom Bundesbildungsministerium 2018 geförderten Studie im Rahmen des Projekts „AlphaGrund – Arbeitsplatzorientierte Alphabetisierung und Grundbildung Erwachsener“.

Wie wichtig solche Basiskompetenzen sind, zeigt sich auch in der betrieblichen Weiterbildung: Fast 90 Prozent der Unternehmen, die

2018 Geringqualifizierte beschäftigten oder früher beschäftigt hatten, setzten in den vergangenen fünf Jahren mindestens eine Weiterbildungsmaßnahme für diese Zielgruppe um. Davon zielten 44 Prozent auf die Förderung der arbeitsplatzorientierten Grundbildung ab. Vier Jahre zuvor hatten erst 29 Prozent der Unternehmen solche Angebote unterstützt.

Wenn Unternehmen betriebliche Grundbildungstrainings fördern, dann meistens, um die Arbeitsleistungen der Beschäftigten an veränderte Arbeitsprozesse anzupassen, die Mitarbeiter flexibler einsetzen und Fehler vermeiden zu können. Auch die Mitarbeitermotivation und die Einhaltung von Qualitätsstandards spielen eine Rolle.

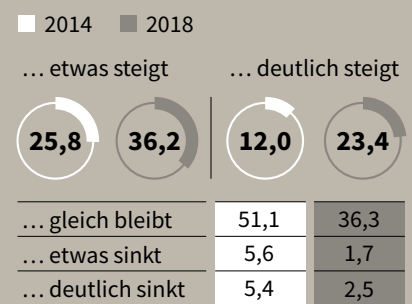
Dass die Grundbildungsthematik in der betrieblichen Weiterbildung so aktuell ist, hängt auch mit der guten wirtschaftlichen Entwicklung und dem Anstieg der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung in Helfertätigkeiten zusammen. Den Unternehmen ist der daraus resultierende Handlungsdruck bewusst (Grafik):

Inzwischen erwarten fast 60 Prozent der Betriebe einen steigenden Bedarf an arbeitsplatzbezogener Grundbildung für An- und Ungelernte – 2014 rechnete nur gut ein Drittel der Unternehmen mit einem Anstieg.

Damit die Grundbildung allerdings nachhaltig in der betrieblichen Weiterbildung verankert werden kann, ist es notwendig, die arbeitsmarktpolitischen Rahmenbedingungen anzupassen. Denn Betriebe nehmen die Förderung arbeitsplatzbezogener Grundbildung erst in den

Lesen lernen im Betrieb: Dringlicher denn je

So viel Prozent der Unternehmen erwarten, dass der Bedarf an arbeitsplatzorientierten Grundbildungsangeboten künftig ...



Befragung von 750 bzw. 716 Unternehmen mit Beschäftigten ohne Berufsabschluss im Jahr 2014 und 2018; Grundbildung: Lese-, Schreib- und Rechenfähigkeit, Grundfähigkeiten im IT-Bereich, Teamfähigkeit, Flexibilität (z.B. Bereitschaft zur Schichtarbeit)

Quelle: IW-Personalpanel © 2019 IW Medien / iwd

iwd

Blick, wenn unzureichende Kenntnisse die Bewältigung der Arbeitsaufgaben einschränken. Betriebliche Weiterbildung ist bedarfs- und tätigkeitsorientiert, während die Grundbildung zunächst durch die allgemeinbildenden Schulen vermittelt werden sollte. Bei der betrieblichen Grundbildungsförderung gehen also wirtschaftliche und gesellschaftspolitische Ziele Hand in Hand. Mehr als die Hälfte der befragten Unternehmen findet denn auch, dass sich Staat und Unternehmen die Finanzierung der arbeitsplatzbezogenen Grundbildung teilen sollten.

Aus IW-Trends 1/2019

Sigrid Schöpfer-Grabe, Isabel Vahlhaus: Grundbildung und Weiterbildung von Geringqualifizierten – Ergebnisse einer IW-Unternehmensbefragung iwkoeln.de/grundbildung

Inflation der Einser-Abiture

Bildung. Immer mehr junge Menschen in Deutschland legen ein Top-Abitur hin. Da stellt sich die Frage, ob das am steigenden Bildungsniveau oder an gesunkenen Anforderungen liegt. Die Antwort ist ziemlich eindeutig.

Im Jahr 2008 forderte Bundeskanzlerin Angela Merkel: „Wir müssen die Bildungsrepublik Deutschland werden.“ Offenbar ist Merkels Ruf erhört worden:

Hatten im Jahr 2006 nur knapp 38 Prozent der 20- bis 24-Jährigen die Hochschul- oder Fachhochschulreife, waren es 2017 bereits mehr als 53 Prozent.

Dass immer mehr junge Menschen die gymnasiale Oberstufe durchlaufen, ist an sich positiv, denn Bildung ist – wie Merkel damals sagte – die Voraussetzung für Chancengleichheit und legt den Grundstein für bessere Arbeitsplätze und sozialen Aufstieg.

Trotzdem muss – nicht zuletzt angesichts des bekannten Lehrermangels – gefragt werden, wie es sein kann, dass immer mehr Abiturienten mit Top-Noten abschließen: Hatten im Jahr 2006 deutschlandweit 14.999 Abiturienten einen Notenschnitt von 1,4 oder besser, waren es 2017 schon 27.748.

Diese Inflation von guten Noten zeigt sich auch, wenn man die Zahl der Top-Abiturienten in Relation zur Bevölkerung im entsprechenden Alter setzt (Grafik):

Im Jahr 2017 waren deutschlandweit 3,3 Prozent der Bevölkerung Abiturienten mit einer Abschlussnote von 1,4 und besser – fast doppelt so viele wie im Jahr 2006.

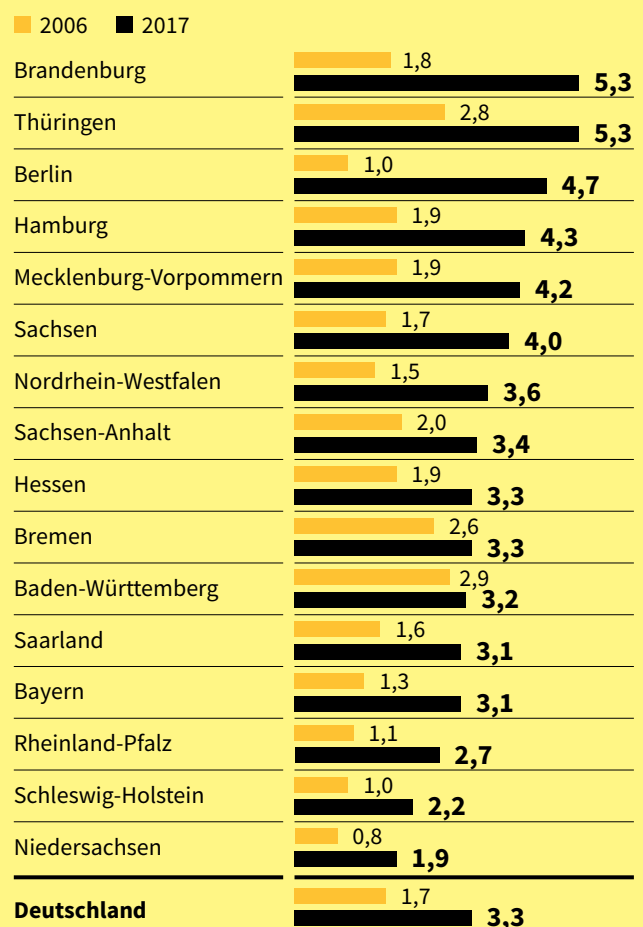
Die Einser-Quoten unterscheiden sich allerdings regional erheblich. Sie reichen von 1,9 Prozent der Bevölkerung in Niedersachsen bis zu 5,3 Prozent in Brandenburg und Thüringen.

Wäre der starke Anstieg der Top-Abiturienten ein Zeichen für ein gestiegenes Bildungsniveau, müsste sich das auch in Leistungsvergleichen wie dem PISA-Test wiederfinden. Doch dem ist nicht so: Der Anteil der 15-Jährigen in Deutschland, die das Höchstniveau (PISA-Stufe sechs) erreichen, ist von 2006 bis 2015 in Mathematik von 4,5 auf 2,9 Prozent gesunken und in den Naturwissenschaften mit 1,8 Prozent konstant geblieben.

Da sich die Inflation der Einser-Abiturienten offenbar nicht mit einem Zuwachs an Kompetenz erklären lässt, ist die Bildungspolitik gefordert. Vor allem aufgrund der

Einser-Abitur: Große Sprünge, große Unterschiede

So viel Prozent der Bevölkerung im entsprechenden Alter waren Abiturienten mit einer Abschlussnote von 1,4 und besser



Quellen: Kultusministerkonferenz, Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2019 IW Medien / iwd

iwd

großen Unterschiede zwischen den Bundesländern sollte sie die Abiturprüfungen bundesweit so weit vereinheitlichen, dass sie dasselbe Leistungsniveau dokumentieren. Dabei gilt es darauf zu achten, dass die Anforderungen an die Abiturienten nicht weiter sinken.

IW-Kurzbericht

Wido Geis-Thöne: Immer mehr Einser-Abiturienten – Und was ist mit den Besten?

iwkoeln.de/einser-abiturienten

Adressaufkleber

Impressum

Herausgeber:
 Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V.
 Präsident: Arndt Günter Kirchhoff
 Direktor: Prof. Dr. Michael Hüther
 Mitglieder: Verbände und Unternehmen in Deutschland

Redaktionsleiter: Jork Herrmann (verantwortlich)
Redaktion: Andreas Wodok (Textchef),
 Irina Berenfeld, Carsten Ruge,
 Berit Schmiedendorf,
 Kerstin Schraff,
 Alexander Weber
Redaktionsassistent: Anja Hüpper
Grafik: IW Medien GmbH
Telefon: 0221 4981-255
Fax: 0221 4981-99255
E-Mail: iwd@iwkoeln.de

Bezugspreis:
 € 11,55/Monat inkl. Versandkosten und Mehrwertsteuer, Erscheinungsweise 14-täglich

Abo-Service: Therese Hartmann,
 Telefon: 0221 4981-443,
 hartmann@iwkoeln.de

Verlag:
 Institut der deutschen Wirtschaft
 Köln Medien GmbH,
 Postfach 10 18 63, 50458 Köln,
 Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln
 Telefon: 0221 4981-0, Fax: 0221 4981-445

Druck: Henke GmbH, Brühl
 Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über:
 lizenzen@iwkoeln.de

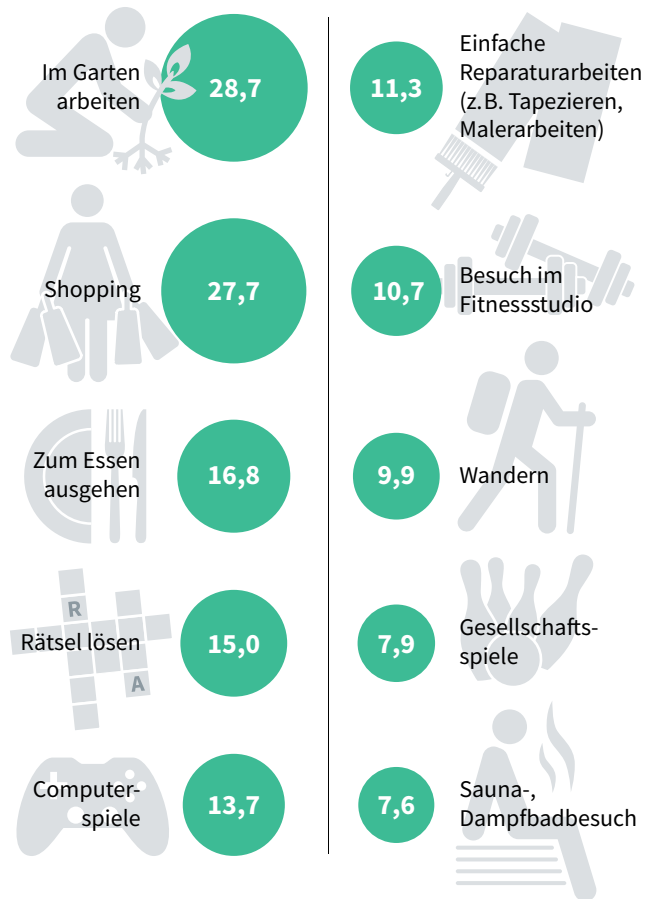


Top-Liste: Die Hobbys der Deutschen

Das Frühjahr kommt und lockt die Bundesbürger nach draußen, zumindest in den eigenen Garten. Umgraben, Blumen pflanzen, Gemüse ziehen – all das war im vergangenen Jahr die liebste Freizeitbeschäftigung der über 14-Jährigen: Knapp 29 Prozent widmeten sich häufig der Gartenarbeit. Fast genauso beliebt war zuletzt allerdings der Einkaufsbummel – rund 28 Prozent der Deutschen gingen 2018 oft und gerne shoppen. Ansonsten lieben es die Bundesbürger in ihrer Freizeit gemütlich: Im Restaurant speisen, Rätsel lösen und am Computer daddeln gehören ebenfalls zu den größten Hobbys. Wer sich überhaupt sportlich betätigt, tut dies vor allem im Fitnessstudio. Andere Sportarten sind weniger populär: So gehen beispielsweise weniger als 8 Prozent der über 14-Jährigen regelmäßig joggen und gerade einmal 4,5 Prozent sind Hobby-Fußballer. Der Anteil der leidenschaftlichen Läufer oder Kicker ist zudem in den vergangenen Jahren gesunken. Zu den ausgefallensten Hobbys gehört hierzulande das Segel- oder Sportfliegen, dem nur 0,4 Prozent der Deutschen frönen.

Freizeit ist Gartenzeit

So viel Prozent der Bundesbürger übten diese Freizeitaktivitäten im Jahr 2018 häufig aus



Bundesbürger: deutschsprachige Bevölkerung ab 14 Jahre

Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach
 © 2019 IW Medien / iwd



Neu auf iwd.de: Wer bestellt, soll zahlen

Mit 6 Prozent des Kaufpreises müssen Haus- und Wohnungskäufer in Deutschland im internationalen Vergleich sehr hohe Maklerprovisionen zahlen. Würde die Courtage vom Verkäufer gezahlt, also wie bei Mietwohnungen das Bestellerprinzip gelten, könnten die Kaufnebenkosten deutlich sinken. Warum dieses Prinzip aber nicht nur Gewinner hervorbringt, lesen Sie auf iwd.de.

